



Einreicher:

Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Betreff:

Nicht nur Potsdamer Rentnerinnen verzweifeln seit Jahren und anhaltend am ÖPNV Konzept der Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum: 22.08.2022

Freigabedatum:

Datum der Sitzung: 07.09.2022

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Der ÖPNV in der Landeshauptstadt Potsdam ist innerstädtisch sehr zu loben. Leider ist dies in den äußeren Siedlungsbereichen und Ortsteilen leider auch gelegentlich anders.

In der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 22.08.2022 ist ein Bericht, zur ab dem 01.04.2022 erfolgten Brechung der Buslinie 695 und die durch den Zwangsumstieg in die Tram für ältere Potsdamerinnen verbundenen Barrieren, Behinderungen und Verzögerungen, zu lesen. Ich habe den Eindruck, als ob dies System in der Landeshauptstadt Potsdam hat. Die Landeshauptstadt Potsdam hatte die vormals durchfahrenden Buslinien 698 und 604 vor Jahren ebenfalls gebrochen und zwingt ihre Fahrgäste, ohne Rücksicht auf Senioren, Familien mit Kinderwagen und Menschen mit Behinderungen, zum Zwangsumstieg in die erheblich langsamere Tram. Diese sind bei Umstieg fast ungeschützt vor Wind und Wetter sowie bei großer schattenloser Hitze und zum Teil auch mit langen Wartezeiten (ohne Toilette) verbunden.

Der Oberbürgermeister ist kommunaler Aufgabenträger und damit als Geschäftsbesorger des ÖPNV für alle Potsdamer verantwortlich. Insofern frage ich den Oberbürgermeister zur Kontrolle der Verwaltung:

Wie sind diese offenbar systemischen Verschlechterungen des ÖPNV mit der Propagierung einer angeblich gewollten Stärkung des ÖPNV auch in der Landeshauptstadt Potsdam für den kommunalen Aufgabenträger vereinbar?

Unterschrift